Nr. 10. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 6. Januar 1893.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Die englische Kohlenindustrie 1892.

Angesichts des jetzigen Streikes im Saargebiete dürfte es sicher von besonderem Interesse sein, einen Blick auf die Entwickelung der englischen Kohlenindustrie vom Jahre 1892 zu werfen. Die Zechenbesitzer haben kaum je mehr Schwierigkeiten gehabt, ihre Produktionskosten mit dem Verkaufspreise in Einklang zu bringen als im Jahre 1892; dieselben sind daher vor die Nothwendigkeit gestellt, erhebliche Reduktionen der Arbeitslöhne anzustreben, die während der letzten 3 Jahre um 30 bis 50 Prozent gestiegen waren. Die Lohnermäßigungen waren aber, wie üblich, nur unter großen Schwierigkeiten zu erreichen; verschiedene Streiks mußten erst durchgekämpft werden. Ein im Februar angestellter Versuch, den Kohlenpreis durch allgemeine Einschränkung der Produktion zu heben, mißlang. Der eigentliche Zweck wurde nicht erreicht und der Kohlenpreis sank weiter trotz der allgemeinen Arbeitseinstellung seitens der Miners' Federation und der großen Verminderung der Ausbeute, die die Folge der in Durham und anderweit zum Ausbruch gelangten Streiks bildete. Der Gesammt-Kohlenexport betrug bis Ende November 27,851,000 Tonnen im Werthe von 15,489,000 Pfd. Sterl. Der durchschnittliche Verkaufspreis betrug darnach 11 sh 12 d pro Tonne. Der höchste Verkaufspreis im Jahre 1890 betrug dagegen 12 sh 62 d pro Tonne; im folgenden Jahre ermäßigte sich derselbe auf 12 sh 16 d. Im Jahre 1891 hat sich darnach der Preis um etwas über 1 sh oder rund $8^1/_2$ Prozent pro Tonne im Durchschnitt vermindert; auf den Gesammtexport von 1891 im Betrag von 31,084,000 Tonnen bezogen, würde dies eine Werthverminderung von über $1^1/_2$ Millionen Pfd. Sterling bedeuten. In vielen Fällen hat die Preisermäßigung noch bedeutend mehr als 1 sh pro Tonne betragen. Bei Kohlen, die für gewerbliche Zwecke bestimmt waren, betrug sie häufig 1 sh 6 d.

Wenn man die Gesammtproduktion an Kohlen im vereinigten Königreich ins Auge faßt, so ist zu bemerken, daß der Durchschnittspreis sich zwischen 1886—87 und 1890 nahezu verdoppelt hat; das letztgenannte Jahr bildet den Höhepunkt. Mit der Erhöhung des Preises nahm auch die Menge der produzirten Kohlen zu. Zwischen 1886 und 1891 betrug die Zunahme nicht weniger als 28 Millionen Tonnen, eine Zunahme, die die gesammte Jahresausbeute an Kohlen in Frankreich übertrifft und auch über die von Belgien um ungefähr $^1/_3$ hinausgeht. Seit 1890 zeigt der Durchschnittswerth der britischen Kohlenausbeute eine Abnahme und für 1892 wird er wahrscheinlich noch weniger betragen als 1891, wenn auch offizielle Notirungen noch nicht vorliegen.

Wie bedeutende Schwankungen in der englischen Kohlenindustrie in den letzten Jahren stattgefunden haben, wird durch folgende, aus der Statistik entnommene Ziffern illustrirt. Gegen 1887 stieg der Werth der Tonne Kohle im Jahre 1890 um 3 sh 4 d, was für 1890 einer Gesammtzunahme von ungefähr 30 Millionen entspricht. Weiter zeigt ein Vergleich des Werthes der Ausbeute von 1891 gegenüber dem Jahre 1887 eine Zunahme von ungefähr 32 Millionen Pfund Sterling. Diese Zunahme ist jedoch keineswegs etwa gleichbedeutend mit einer Zunahme der erzielten Gewinne; im Gegentheil ist der größte Theil des über 3 sh betragenden Preisunterschiedes durch Steigerung der Produktionskosten — höhere Löhne, größere Unkosten für Läger, kostspieligere Anlagen u. dergl. mehr — absorbirt worden. In welchem Maße jeder einzelne dieser Faktoren zur Erhöhung der Produktionskosten beigetragen hat, läßt sich schwer sagen; die Zechenbesitzer selber aber können auf keine besonders günstigen Geschäftsergebnisse zurückblicken, denn mit Ausnahme der Anfangsperiode der Preissteigerung gingen mit den Preisen auch die Produktionskosten entsprechend in die Höhe. Eine künstliche Preissteigerung trat in der letzten Hälfte des Februar und im Anfang des März 1892 ein, und zwar in Folge der zeitweiligen Arbeitseinstellung von ca. 400,000 Bergleuten. Dieser Arbeitseinstellung folgte im Norden Englands ein nahezu dreimonatlicher Streik der Bergleute der Grafschaft Durham. Der Durhamer Streik dürfte als einer der verderblichsten zu bezeichnen sein, unter denen die Kohlenindustrie je gelitten hat. Nicht nur, daß die Gruben stillgelegt wurden, daß viele derselben ersoffen oder in anderer Weise ruinirt wurden, sondern die Unterbrechung der Kohlenversorgung führte auch eine ernste Krisis in der gesammten gewerblichen Thätigkeit im Norden von England herbei. Am Meisten litt wohl die Eisenindustrie von Cleveland, welche hinsichtlich der Kohlenzufuhr gänzlich auf Durham angewiesen ist und von dort jährlich ca. 5 bis 6 Millionen Tonnen bezieht. Die Hochöfen in Durham mußten entweder gedämpft oder ausgeblasen werden; ähnlich erging es im Eisengewerbe der Nordwest Küste. Der Schaden, welchen die Arbeitseinstellung in Durham der Eisenindustrie jener beiden Distrikte zugefügt hat, wird auf nahezu 2 Millionen Pfd. Sterl. geschätzt; welchen Schaden die Zechenbesitzer und die streikenden Bergleute erlitten haben, läßt sich ermessen, wenn ins Auge gefaßt wird, daß der Produktionsausfall während des Streikes 9 bis 10 Millionen Tonnen betrug. Und schließlich mußten die Bergleute doch die Arbeit zu den Lohnsätzen wieder aufnehmen, die ihnen gleich im Anfang von den Zechenbesitzern geboten waren! Die jetzt sowohl in Durham wie in der Kohlenindustrie überhaupt gezahlten Löhne sind übrigens immer noch höher als diejenigen vor der Erhöhung in der letzten Hälfte des Jahres 1888, und es liegt auf der Hand, daß weitere Lohnermäßigungen stattfinden müssen, wenn die Zechenbesitzer in der Lage sein sollen, die fortgesetzten Preisermäßigungen auszuhalten. — Nachdem die Bergleute in Durham und in ein oder zwei anderen Bezirken eingesehen haben, daß die Kohle im Werthe gesunken ist und daß es den Zechenbesitzern schwer wird, bei ihrer Produktion Nutzen zu erzielen, ist es nicht unwahrscheinlich, daß sie zu dem System der gleitenden Skala, die im Norden von England und in Süd-Wales eine Reihe von Jahren hindurch die Löhne regelte, zurückkehren. Die „Times" spricht die Ansicht aus, daß die Schwierigkeiten, welche zum Verlassen des Systems geführt haben, nicht unüberwindlich seien; gefordert müsse werden einmal, daß die Maximal- und Minimallohnsätze der Skala weder zu hoch noch zu niedrig seien und weiter, daß die Skala mit genügender Leichtigkeit den Marktveränderungen sich anzupassen vermöge. Die Mitglieder der Miners' Federation sind Gegner der gleitenden Skala und behaupten, daß die Arbeiter besser fahren, wenn sie sich ganz unabhängig halten. Die walisischen Bergleute, die jener Föderation nicht angehören, waren noch vor wenigen Wochen zweifelhaft, ob sie die Skala aufgeben sollten. Die Bergleute scheinen mit der in Folge der Skala eintretenden häufigen Aenderung der Lohnsätze unzufrieden zu sein, zumal die Löhne während der letzten 18 Monate erheblich zurückgegangen sind. Andererseits allerdings hat die jetzt eine Reihe von Jahren in Kraft befindliche Skala auch die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf einem leidlich friedlichen Fuße gehalten. — Die „Times" führt weiter aus, daß, wenn auch die genauen Nachweisungen zwischen Produktion und Verbrauch von Kohle in England für 1892 noch nicht erschienen sind, doch schon jetzt klar ist, daß gegenüber einem der letzten beiden Jahre eine erhebliche Abnahme zu konstatiren sein wird. Der Verbrauch für die Eisenindustrie sei geringer gewesen, die Kohlenausfuhr sei gefallen, der Winter sei milde, die allgemeine Geschäftslage gedrückt gewesen.

Deutschland.

Berlin, 6. Januar. Der Reichstag wird seine Sitzungen am 10. Januar mit der ersten Berathung der Brausteuervorlage wieder beginnen, und es werden sich daran die anderen Steuervorlagen anschließen. Nach Lage der Sache wird es sich zunächst nur um eine vorzugsweise akademische Erörterung handeln können, da vor jedem näheren Eingehen auf neue Steuervorlagen die Frage des Bedürfnisses nach solchen und des Umfangs desselben sich einigermaßen übersehen lassen muß, was nur im Zusammenhang mit der Militärvorlage geschehen kann. Der Verlauf der letzteren Angelegenheit muß erkennbar hervortreten, ehe irgend jemand Verpflichtungen für die Beschaffung neuer Einnahmen übernehmen kann. Nach der ersten Berathung im Plenum wird denn auch voraussichtlich die weitere Verhandlung über die Steuervorlagen hinausgeschoben werden. Bei dem engen Zusammenhang der beiden Angelegenheiten wird vielfach empfohlen, die Militärkommission, in der alsdann wohl einzelne Mitglieder durch andere ersetzt werden würden, zugleich mit der Vorberathung der Steuervorlagen zu betrauen.

— Den Stadtverordneten ist auf ihre anläßlich des Jahreswechsels an Se. Majestät den Kaiser gerichtete Glückwunsch-Adresse nachstehendes Allerhöchstes Antwortschreiben zugegangen:

„Den Stadtverordneten danke Ich aufrichtig für die Glückwünsche, welche dieselben als Vertreter der treuen Berliner Bürgerschaft Mir an der Schwelle des neuen Jahres dargebracht haben. Die für Meine Haupt- und Residenzstadt auf kommunalem Gebiete in nächster Zukunft zu lösenden großen Aufgaben, deren die Stadtverordneten in der Adresse vom 1. d. M. Erwähnung thun, erregen Mein volles Interesse. Möge die Lösung glücklich gelingen und der Arbeit der städtischen Körperschaften im neuen Jahre Gottes Segen nicht fehlen!

Berlin, den 4. Januar 1893.

(gez.) Wilhelm R."

— Der Berliner Polizei-Oberst hat insofern eine von den der übrigen Staatsbeamten abweichende Stellung inne, als seine Ernennung auf Vorschlag des Militär-Kabinets durch den Kaiser erfolgt. Der Kommandeur der Schutzmannschaft wird herkömmlicher Weise aus den Stabsoffizieren der Armee genommen. So wurde der frühere Polizei-Oberst Göricke, der bei seinem Eintritt in die Schutzmannschaft noch Hauptmann war, auch so lange nur als Polizei-Hauptmann geführt, bis er zum Major befördert worden war und nun zum Polizei-Obersten ernannt werden konnte. Die Ernennung eines neuen Kommandeurs der Schutzmannschaft bringt nun jedesmal einen einigermaßen mißlichen Zustand mit sich, insofern ein Stabsoffizier der Armee jeder polizeilichen Vorbildung entbehrt und sich daher erst nach einer mehr oder weniger langen Zeit in die neue Laufbahn einarbeiten kann. Hieraus ist schon öfter der Wunsch entsprungen, daß der Polizei-Oberst dem Kreise der Polizei-Hauptleute entnommen werden möge.

— Der Besuch des Großfürsten Thronfolgers in Berlin zur Hochzeit der Prinzessin Margarethe ist, wie die „Post" hört, als sicher zu betrachten. Dagegen schreibt die „Kreuz-Ztg.":

Die Nachricht von dem angeblich bevorstehenden Besuche des Großfürsten Thronfolgers ist, wie uns von unterrichteter Seite versichert wird, nicht richtig. Eine Ankündigung dieses Besuches hat jedenfalls nicht stattgefunden. Völlig in das Gebiet der freien Erfindungen gehört endlich die gleichzeitig in englischen Blättern aufgetauchte Nachricht von einer geplanten Zusammenkunft zwischen dem Zaren und Kaiser Wilhelm. In dem einen wie im andern Falle scheint die Neigung, in russischen Dingen möglichst helle Bilder zu malen, die Hallucination hervorgerufen zu haben.

— Ein Petersburger Privat-Telegramm der „Magdeburger Zeitung" berichtet, bei dem Regimentsfeste des Dragoner-Regiments Königin Olga von Würtemberg in Mitau, dem der General-Gouverneur der baltischen Provinzen beiwohnte, habe der Regiments-Kommandeur einen Trinkspruch auf das verbündete Frankreich und das französische Bruderheer ausgebracht. Der Vorfall habe um so größeres Aufsehen erregt, als der Zar kürzlich den Offizieren alle politischen Reden untersagt hat. Eine Untersuchung sei eingeleitet.

Wir geben die Mittheilung wieder, ohne natürlich unsererseits für sie eintreten zu können.

— Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hatte in ihrer gestrigen Sitzung die Neubildung ihres Vorstandes vorzunehmen. An Stelle des Stadtverordneten Dr. Stryck wurde der bisherige Stellvertreter Dr. Langerhans zum Vorsteher, Dr. Alexander Meyer zum Stellvertreter erwählt. In der Sitzung erregte ferner die neue Bauordnung für die Vororte eine längere Debatte, die zu dem Beschlusse führte, diese ganze Materie dem bestehenden Ausschusse für die Einverleibung der Vororte zu überweisen. Von besonderer Bedeutung war die Erklärung des Magistrats-Vertreters, daß der Magistrat von Berlin von dieser Verordnung vor ihrem Erlaß keine Kenntniß erhalten hat, trotzdem die Frage der Einverleibung eines großen Theils jenes Gebiets, für welches die neue Bauordnung bestimmt ist, ihrer baldigen Lösung entgegen geht.

— Um Deutschlands Zukunft sehr besorgt sind die Herren Russen. Sie beschäftigen sich bereits mit der Gemahlin — des jungen Kronprinzen. Der „Swiet" will nämlich erfahren haben, daß bei der vorjährigen Anwesenheit der Königinnen der Niederlande in Berlin die Möglichkeit erwogen sei, eine dereinstige eheliche Verbindung zwischen dem Kronprinzen des deutschen Reiches und der jungen Königin Wilhelmine von Holland herbeizuführen. Die Niederlande sammt ihren Kolonien würden dadurch mittelst Personal-Union mit dem deutschen Reiche verbunden werden, ein Vortheil, gegenüber welchem das etwas höhere Alter der Königin als Hinderungsgrund wohl nicht allzu schwer ins Gewicht fallen würde. . . . Hier ist einmal nicht der Wunsch, sondern die Furcht der Vater des Gedankens gewesen, und zwar eines recht unsinnigen.

— Die Vorstände des kaufmännischen Vereins, des Werkmeistervereins und des Technikervereins in Barmen haben am 3. d. eine Petition an das Abgeordnetenhaus beschlossen, in der sie die Heranziehung der öffentlichen Beamten zu den Kommunallasten unter Wegfall der bisherigen Vergünstigungen befürworten, die sie als ungerecht verwerfen. In der Petition, deren Wortlaut die „Barm. Ztg." veröffentlicht, heißt es darüber:

„Mag sie (die Bevorzugung der Staatsbeamten) unter dem früheren Einschätzungsverfahren (Einkommensteuer) nicht ganz unberechtigt gewesen sein, so ist heute ein stichhaltiger Grund dafür nicht mehr vorhanden. Nach der hier beobachteten Praxis wird heute jeder mit seinem ganzen Einkommen zur Steuer herangezogen, und es muß als unbillig und beleidigend zugleich bezeichnet werden, daß für die öffentlichen Beamten die übrigen Bürger, und damit auch die Privatbeamten, die doch in mancher Hinsicht in viel schlechterer Position sich befinden, wie die öffentlichen Beamten, einen Theil der Kommunallasten noch mittragen sollen. Sind die Zuschläge (in Folge der Steuerreform) in Zukunft nicht mehr so hoch wie früher, nimmt somit die Bevorzugung der öffentlichen Beamten an Bedeutung ab, so wird ihnen der Verzicht darauf um so leichter sein, und der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint deshalb für die Ausgleichung dieser Unebenheit als besonders geeignet."

Köln, 5. Januar. (W. T. B.) Im Saarbezirk ist, wie die „Köln. Ztg." mittheilt, in Folge der Kälte und des Ausstandes die Nachfrage nach Kohlen sehr lebhaft. Im Ruhrbezirk sollen Angesichts jüngster Tage hervorgetretener Anzeichen von einer Bergarbeiterbewegung gewisse Bedenken hinsichtlich des Fortganges der regelmäßigen Förderung eingetreten sein, da es nach den Vorgängen im Saarbezirk und nach der Thätigkeit der berufsmäßigen Agitatoren nicht ausgeschlossen erscheint, daß auch in dem Bezirk Dortmund Versuche zur Herbeiführung eines Ausstandes gemacht werden können. Morgen sollen verschiedene Bergarbeiterversammlungen, darunter eine in Essen, stattfinden behufs Stellungnahme der Bergarbeiter zu dem Ausstande im Saargebiet.

Trier, 5. Januar. Das Organ des Rechtsschutzvereins bittet um Geldunterstützung für die Streikenden. — Herr Stumm theilt in seinem Organ „Saar- und Blieszeitung" mit, daß die Eisenwerke noch wochenlang Kohlenvorrath hätten, auf der Koksanlage dagegen der Betrieb eingestellt sei; die hier beschäftigt gewesenen Arbeiter blieben auf Wartegeld zu Hause.

Schwerin i. M., 4. Januar. Ueber die ländlichen Arbeiterverhältnisse in Mecklenburg schreibt die „Deutsche volkswirthsch. Korrespondenz":

„Es ist in der freisinnigen und sozialdemokratischen Presse gang und gäbe geworden, die Ansicht zu verbreiten, daß die unmoderne patriarchalische Arbeitsverfassung, mit der der Junker des Ostens, insbesondere auch der Mecklenburgs arbeite, die Arbeiter in eine Lage versetze, mit der verglichen die Situation der am kümmerlichst gestellten industriellen Arbeiter glücklich zu nennen sei. Diese Ansicht ist durch die Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik über die ländlichen Arbeiterverhältnisse auf das schlagendste widerlegt worden. Es hat sich gezeigt, daß gerade da, wo die patriarchalische Arbeitsverfassung noch besteht, also namentlich auch in Mecklenburg, die allgemeinen Grundlagen der Existenz und des Haushaltes gerade der relativ unfreiesten Arbeiterkategorien, des Gesindes und der Instleute, solche sind, daß bei durchschnittlichen Verhältnissen ihre materielle Lage ungleich gesicherter ist, als die selbst der bestgestellten gewerblichen Arbeiter, und daß die Lage der Letzteren mit der der Ersteren unter einigermaßen günstigen Bedingungen nicht im entferntesten verglichen werden kann. „Die Lage der mecklenburgischen Landarbeiter", so sagt der Bearbeiter des sich auf Mecklenburg beziehenden Theiles der Enquete des Vereins für Sozialpolitik, „kann im Allgemeinen unbedenklich als die günstigste im deutschen Osten bezeichnet werden. Es verdient der Mann hier an Baarlohn ungefähr das, was Mann und Frau in Schlesien verdienen." In Zusammenhang mit der Höhe der Baarlöhne ist zweifellos die sozial relativ hohe Lebenshaltung der Arbeiter zu bringen. Das ist im Wesentlichen der Art und Weise zu danken, in der die patriarchalische Arbeitsverfassung dort erhalten und fortentwickelt ist. Die Erinnerung daran, daß der Dreschantheil und die sonstigen Gebührnisse der Landarbeiterschaft nicht den Charakter reiner Arbeitslöhnung, sondern von Antheilen minderberechtigter Genossen an der patriarchalisch geleiteten Genossenschaft haben, ist hier nicht in der Weise, wie meist im Osten, verloren gegangen. Die regelmäßig bestehenden Kuhgilden, das Bestehen typischer Rechtsformen für die Kranken- und Altersversorgung, die Art, wie die Betheiligung am Gutsacker unter den Arbeitern des Gutes durch Verlohnung geregelt wird, alles Dies sind — so bemerkt der Bearbeiter Dr. W. Weber — zwar Züge, die sich hin und wieder auch anderwärts finden, die aber nirgends so wie hier zur Physiognomie des Arbeitsverhältnisses gehören. Freilich ist die patriarchalische Ordnung in Mecklenburg, wenn auch nicht in dem Maße wie im preußischen Osten, so doch entschieden gefährdet, und das aus folgendem Grunde:

Von entscheidender Bedeutung für die Gesammtlage der Hoftagelöhner und ihre zukünftige Gestaltung ist die „Hofgängerfrage". In Mecklenburg, wie überhaupt im Osten, ist die Lebensfähigkeit des Instverhältnisses zum Theil darauf gegründet, daß mehrere Arbeitskräfte aus einem und demselben Hause gestellt werden; wo das nicht möglich ist, ist die Stellung von Hofgängern erforderlich. Die Schwierigkeit, solche Hofgänger zu erhalten, wächst aber von Jahr zu Jahr, namentlich deshalb, weil die Abwanderung der jungen Leute in die Städte den Tagelöhnern die Kinder oft verhältnißmäßig früh entzieht und inländische Arbeiter sehr selten zur Uebernahme von Hofgängerstellen bereit sind. In Folge dessen müssen Leute von auswärts bezogen werden; theils heruntergekommene Handwerker, theils andere zweifelhafte Persönlichkeiten übernehmen solche Stellen. Hier und da ist die Haltung des Hofgängers auch schon beseitigt und deshalb ein Theil des Deputatlandes gekürzt worden, oder es sind vom Deputat Abzüge gemacht worden. Dazu tritt das relative Zurücktreten des Getreidebaues auf den Rübengütern und den Weidewirthschaften, was die Drescher an Bedeutung zurückdrängt und entweder zur Vermehrung der Deputate oder zur Verminderung des Dreschertrages führt. Endlich bedroht der Abzug der ständigen Arbeiter aus dem ritterschaftlichen Besitz und ihr Ersatz Wanderarbeiter, und zwar durch solche niedrigeren Kulturniveaus auf den meisten intensiv, zumal mit Rüben kultivirten Gütern den ganzen Bestand der Arbeitsverfassung wie der Lebenshaltung. Diesen Momenten gegenüber kommt es darauf an, Formen zu finden, unter denen der Stand der mecklenburgischen Tagelöhner erhalten werden kann."

Schweiz.

Bern, 5. Januar. Gegenüber den umlaufenden Gerüchten von einem angeblich beabsichtigten Rücktritt des schweizerischen Gesandten in Wien, Aepli, wird amtlich mitgetheilt, daß man im Bundesrath hiervon nichts wisse und sich demgemäß auch nicht mit der Frage einer Neubesetzung des Gesandtenpostens in Wien beschäftigt habe.

Belgien.

Ueber der Besprechung des vollständigen Mißerfolges der Brüsseler Münzkonferenz ist ein auf der Konferenz eingetretener Vorgang fast unbeachtet geblieben, der doch gerade für Deutschland von besonderem Interesse war. Einer der belgischen Delegirten, der Direktor der belgischen Münze, Herr Allard, der seit längerer Zeit für den Bimetallismus schriftstellerisch thätig ist, hatte den Mitgliedern der Konferenz eine seiner Schriften gesendet, in welcher betreffs der deutschen Münzzustände im Jahre 1888 die Bemerkung gemacht ist: „Die deutsche Reichsbank weigert sich, prompt in Gold zu zahlen." Mit einer Entschiedenheit, die trotz einiger höflicher Wendungen recht nahe an Schroffheit streifte, legte hiergegen einer der deutschen Delegirten, der der Leitung der Reichsbank selbst angehört, Herr Bankdirektor Hartung, Verwahrung ein, da diese Angabe jedes Grundes entbehre. Seit ihrer Begründung im Jahre 1876 habe die Reichsbank sich niemals geweigert, ihre Noten in Gold einzulösen. Angesichts der Behauptung, daß die Reichsbank Denjenigen Schwierigkeiten mache, welche Geld zum Export haben wollen, halte er es für seine Pflicht, mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß die Reichsbank niemals, in keinem Falle und unter keinem Vorwande die Einlösung ihrer Noten in Gold verweigert habe. Herr Allard wußte auf diese kategorische Erklärung zu seiner Entschuldigung nichts Besseres vorzubringen, als daß die Thatsache doch in allen Blättern mitgetheilt worden sei. Für Alle, welche mit den deutschen Münzverhältnissen und der Währungspolitik der deutschen Reichsbank bekannt sind, hat die Erklärung des Herrn Hartung natürlich nichts Neues gebracht. Bemerkenswerth aber ist der Vorgang deshalb, weil der Angriff des Herrn Allard augenscheinlich den Zweck hatte, die deutsche Goldwährung als unsicher hinzustellen, um daraus für Deutschland die besondere Nothwendigkeit zur Betheiligung an einer internationalen Doppelwährung zu folgern. Damit wurde ein Argument wieder hervorgeholt, welches die deutschen Bimetallisten in früherer Zeit mit Vorliebe zu agitatorischen Zwecken verwerthet haben. Wie haben sie in den achtziger Jahren nicht bange zu machen versucht mit der angeblichen Gefahr, daß die Reichsbank wegen ungenügender Goldbestände bei Einlösung ihrer Noten auf die alten Silberthaler werde zurückgreifen müssen! Seit Jahren ist bei uns dieser Kassandraruf vollkommen verstummt, jetzt wird nur noch mit der Klage über die durch die Silberentwerthung angeblich heraufbeschworene allgemeine wirthschaftliche Kalamität agitirt.

Frankreich.

Die französischen Kapitalisten geben trotz aller Mißerfolge ihre Bemühungen nicht auf, in Rußland festen Fuß zu fassen. Die angebotene Uebernahme des Baues der sibirischen Bahn wurde von der Regierung abgelehnt, desgleichen die Bewerbung um den Ausbau der Hafenanlagen in Eupatoria und zuletzt das Gesuch um Konzessionirung einer Weißen-Meerbahn. Die russische Regierung bleibt dabei, diese großen Arbeiten von Staatswegen ausführen zu lassen. Nun wenden die Franzosen ihre Blicke nach Mittelasien. Aus der „Turkestansk. Wjedom." erfahren wir, daß ein großes französisches Industrieunternehmen im Vereine mit einem kapitalskräftigen Finanzhause der russischen Regierung den Vorschlag gemacht hat, eine Eisenbahn von Samarkand nach Khokand und Ardischan, mit einer Abzweigung nach Taschkent, zu bauen. Diese Bahn könnte nach ihrer Vollendung von der Regierung erworben werden. Das turkestanische amtliche Blatt spricht sich über dieses Projekt sehr günstig aus und setzt die großen Vortheile auseinander, die Rußland vom politischen, militärischen und volkswirthschaftlichen Standpunkte daraus ziehen würde. Nun plant die russische Militärverwaltung längst den Ausbau der transkaspischen Bahn von Samarkand nach Taschkent, die Franzosen dürften daher wohl abermals eine Ablehnung erfahren.

Paris, 5. Januar. Die Gegner des Präsidenten der Republik, denen es nicht gelungen war, seinen Bruder und dann seine Gemahlin, die von Ferdinand von Lesseps Panama-Gelder für ihre Wohlthätigkeitszwecke erhalten haben sollten, in den Skandal hineinzuzerren, suchten das Elysee auf andere Weise zu verdächtigen, indem sie behaupteten, der verstorbene Oberst Lichtenstein, Carnots Adjutant, hätte sich mit 3000 Franks bestechen lassen. Der Name Lichtenstein figurirt allerdings mit einer Summe von 1000 Franks auf der Liste der „Publicité". Der Empfänger war aber ein fremder Journalist, der den einen Check unleserlich „Privet" oder „Privat" unterzeichnete und sich den andern telegraphisch nach einer kleinen Tyroler Ortschaft schicken ließ. Es handelt sich hierbei anscheinend um eine Anspielung auf den Herausgeber der „Budapester Korrespondenz", Lichtenstein; dieser erklärt jedoch, er habe Lesseps zwar in Pest kennen gelernt, aber keine Renumeration erhalten.

Das Neueste in der Panama-Affaire ist, daß der russische Botschafter in Paris, Baron Mohrenheim, in dieselbe hineingezogen wird. Der Pariser Korrespondent eines Pester Blattes stellt die bestimmte Behauptung auf, daß der ehemalige Finanzminister Rouvier vor der Panama-Untersuchungs-Kommission erklärt habe, er habe Herrn von Mohrenheim rund 200,000 Franks „Panamagelder" gegeben. Die Pariser Presse, so heißt es weiter, wolle die Sache, welche bereits den Ministerrath beschäftigte, todtschweigen; Rouvier aber sei entschlossen, die Angelegenheit an die Oeffentlichkeit zu bringen und sich dadurch wegen seines Sturzes zu rächen.

Die Anarchisten machen sich immer lauter bemerkbar. Als gestern Vormittag die Polizei in der Vorstadt Levallois anarchistische Plakate, in welchen der Regierung und den Kammern der Untergang geschworen wird, entfernen wollte, rottete sich die Menge zusammen und vertrieb die Beamten.

Paris, 5. Januar. (W. T. B.) Der Beamte des Credit Lyonnais, Blondin, dessen Verhaftung gestern gemeldet wurde, ist in das Gefängniß Mazas eingeliefert worden. Derselbe war im Jahre 1888 Agent der Panama-Gesellschaft. Ueber die Veranlassung zu seiner Verhaftung ist noch nichts bekannt, Blondin weigerte sich übrigens, Aussagen zu machen. Wie verlautet, hätte die Verhaftung Blondins mit den Funktionen, die ihm bei dem Credit Lyonnais oblagen, nichts zu thun.

Ein Blatt will wissen, Cornelius Herz sei aus den Listen der Ehrenlegion gestrichen worden.

Paris, 5. Januar. (W. T. B.) Der Ministerpräsident Loubet theilte im heutigen Ministerrathe mit, daß in verschiedenen Industriezweigen in Folge der Einführung des Gesetzes betreffend die Regelung der Frauenarbeit Ausstände ausgebrochen seien, da wegen der Verringerung der Arbeitsstunden eine Lohnreduktion eingetreten sei. Der Verlauf des Streiks sei jedoch ein durchaus ruhiger.

Paris, 5. Januar. Die Meldung, daß der frühere Minister Baihaut in Untersuchungshaft genommen sei, bestätigt sich nicht. Baihaut wurde, nachdem er am Nachmittage einem zweiten Verhör durch den Untersuchungsrichter unterzogen worden war, wieder entlassen.

Italien.

Herr Martini, der Unterrichtsminister des Kabinets Giolitti hat mit seinem Vorhaben, die Zahl der italienischen Universitäten zu verringen, ein Wespennest aufgestört. Das Schlagwort „Sparen" hat für die italienischen Ohren einen lieblichen und verheißungsvollen Klang, allein sowie der Spardrang der Regierung örtliche Interessen zu berühren droht, erhebt sich aller Orten auf der Halbinsel zornmüthiges Abwehrgeschrei. So war es, als Crispi Mine machte, die über Bedürfniß große Zahl der Präfekturen zu vermindern, so ist es gegenwärtig angesichts des Planes Martinis, den jeder Unbefangene nicht allein vom Gesichtspunkte der Ersparungen, sondern auch von dem des wissenschaftlichen Lebens selbst billigen muß. In den Städten, deren Universitäten aufgelassen werden sollen, bereiten sich stürmische Widerspruchs-Kundgebungen vor. Ihren Reigen eröffnete vorgestern die Stadtvertretung von Messina, die, wie man aus Rom meldet, unter Berufung auf die Opfer, die gerade Messina für die nationale und freiheitliche Sache gebracht, eine geharnischte Verwahrung gegen die Aufhebung ihrer Universität beschlossen hat. Die Universitätsjugend schloß sich dieser Kundgebung in ihrer Weise an, indem sie einen Straßenumzug veranstaltete. Am 15. Januar soll eine große Volksversammlung zum gleichen Zwecke stattfinden. Herr Martini wird sich durch solche Kundgebungen in seinem Vorhaben kaum erschüttern lassen; wie der „Fanfulla" mittheilt, ist der Minister entschlossen, von der Annahme seines Gesetzvorschlages über die Umgestaltung des höheren Unterrichts, der die örtlichen Interessen weit weniger, als vielfach befürchtet werde, schädige, sein Verbleiben im Amte abhängig zu machen. Er wird, wenn ein in Abgeordnetenkreisen umlaufendes Gerücht sich bestätigt, seine Vorlage insbesondere auch gegen den früheren Unterrichtsminister Baccelli zu vertheidigen haben, und die Vertreter der bedrohten örtlichen Interessen werden voraussichtlich darauf dringen, daß vor der Universitätsreform die Neugestaltung des Mittelschulwesens in Angriff genommen werde. Martinis Vorlage zielt dahin, die Universitäten Parma, Modena, Macerata, Siena, Messina und Sassari vollständig aufzulassen, den freien Hochschulen in Ferrara, Perugia, Urbino und Camerino das Recht, den Doktorgrad zu verleihen, zu entziehen, und nur die Universitäten Turin, Pavia, Genua, Bologna, Pisa, Rom, Neapel, Palermo, Catania und Cagliari fortbestehen zu lassen. Die durch diese Reform erzielten Ersparnisse sollen nicht dem Fiskus zufallen, sondern zum Vortheile der weiter bestehenden Universitäten verwendet werden.

Für den Bau einer deutschen evangelischen Kirche in Rom war bis zum Schluß des Jahres 1892 bei der Sammelstelle (Pastor Terlinden in Duisburg) einschließlich des in der Verwaltung des Zentralvorstandes der evangelischen Gustav Adolf-Stiftung in Leipzig befindlichen Betrages von 11,361 Mark die Gesammtsumme von 113,000 Mark eingegangen. Der im verflossenen Oktober unternommene Versuch, die geplante Kirche schon jetzt in Verbindung mit einem hochnöthigen Diakonissenheim auszuführen, mußte wegen der zur Zeit noch unzureichenden Bausumme aufgegeben werden. Ein zur Verfügung stehender sehr geeigneter Bauplatz war für 83,000 Mark zu erwerben; die Baukosten würden etwa 340,000 Mark betragen haben. So muß noch einige Jahre weiter gesammelt werden. Es steht zu hoffen, daß das deutsche Volk, soweit es sich zu Luthers That und Werk wahrhaftig bekennt, in diesem neuen Jahre die Sache der

deutschen evangelischen Gemeinde in Rom kräftig in seine Hand nehmen und an keiner Stelle einen Zweifel darüber lassen wird, daß es für evangelische Ehre und für evangelisches Recht noch ein empfindliches Gefühl besitzt.

Spanien und Portugal.

Madrid, 5. Januar. (W. T. B.) Die Königin Regentin hat die Auflösung der Kammer genehmigt. Die Auflösung des Senats ist vertagt worden.

Rußland.

In den nächsten Tagen trifft in Petersburg ein interessanter Gast des Zaren ein, zu dessen Empfang die glänzendsten Vorbereitungen getroffen werden. Der Emir von Buchara, Seid-Abdul-Achat Chan, verdankt seinen Thron den russischen Waffen und ist deshalb eng an das Zarenreich gefesselt. Von Rechtswegen hätte die Buchar i nach dem Tode des früheren Emirs im Jahre 1885 dessen ältestem Sohne zufallen sollen; allein dieser hatte, von den Engländern aufgestachelt, im Jahre 1868 sich an die Spitze eines Aufstandes gestellt und war von seinem Vater mit Hülfe der Russen besiegt und nach Indien vertrieben worden, wo er jetzt noch von einem englischen Gnadengehalt lebt. Der jetzige Emir, welcher im Alter von 36 Jahren steht, war, nach dem „N. W. T.“, bereits einmal in Rußland, nämlich noch als Thronfolger bei der Krönung Alexanders III. Der Eindruck, den er aus der damaligen, von liberalem Geiste durchwehten Atmosphäre Rußlands davontrag, war ein so tiefer, daß er nach seiner Thronbesteigung sich sofort mit Feuereifer einer Menge von liberalen Reformen hingab; so vor Allem der Abschaffung der Sklaverei, der Reduzirung der bucharischen Armee, der Regelung der Justiz und des Gefängnißwesens u. s. w. Es ist nur zu befürchten, daß der so empfängliche Fürst unter dem Eindruck des jetzigen russischen Regimes seine Reformen rückgängig mache. Das Land, das Seid-Abdul-Achat Chan beherrscht, hat einen Umfang von 3500 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von 1½ Millionen. Es gehört zu den schönsten und von der Natur am reichsten ausgestatteten der Erde und ist von den Poeten des Orients vielfach besungen worden.

Petersburg, 5. Januar. (W. T. B.) Die „Nowoje Wremja“ schreibt, die gegenwärtig in Paris geübten Verdächtigungen beschuldigten auch ihren Mitarbeiter S. S. Tatistschew in dreister Weise, von Floquet 500,000 Franks als Geschenk erhalten zu haben. Sie habe sofort Schritte gethan, um die Verleumder zur Verantwortung zu ziehen. Sie erachte als russisches Blatt es für schimpflich, einer ausländischen Regierung, in welcher Frage auch immer, zu dienen. Sie werde von den Verleumdern die ganze Wahrheit verlangen, was es ihr auch kosten möge.

Petersburg, 5. Januar. (W. T. B.) Die „Börsenzeitung“ beziffert das außerordentliche Erforderniß des nächstjährigen Reichsbudgets auf 81 Millionen Rubel. Das Geld sei vornehmlich für den Bau von Eisenbahnen, namentlich der sibirischen Bahn, bestimmt. Dieses Erforderniß solle gedeckt werden durch 17 Millionen Ueberschuß des gewöhnlichen Budgets und durch 39 Millionen, welche die Reichsbank dem Reichsschatze schuldet und letzterem zurückerstatte; 25 Millionen endlich sollten eventuell durch eine Anleihe aufgebracht werden. Demgegenüber hebt das Blatt hervor, daß das Budget des laufenden Jahres mit einem gewöhnlichen Defizit von 25 Millionen und mit einem außerordentlichen von 74½ Millionen aufgestellt sei.

Griechenland.

Athen, 5. Januar. (W. T. B.) Der französische Gesandte Graf de Montholon hat dem Prinzen Georg von Griechenland heute das Großkreuz der Ehrenlegion mit einem Handschreiben des Präsidenten Carnot überreicht.

Türkei.

Konstantinopel, 5. Januar. (W. T. B.) Für Provenienzen aus Hamburg und Ortschaften bis zur Elbemündung ist eine fünftägige Quarantäne angeordnet worden.

Amerika.

Newyork, 5. Januar. (W. T. B.) Die letzten Nachrichten aus Marion (Nord-Karolina) melden, daß am Tage nach den bereits berichteten Vorfällen in Bakersville die Kämpfenden sich noch immer gegenüber standen. Die Gendarmen wurden verstärkt, ebenso vergrößerte sich die Menge. Die Gendarmen, welche den Tod des Sheriffs rächen wollten, griffen die Menge an, worauf es gestern Nachmittag zu einem neuen Zusammenstoß kam, bei welchem 25 Personen getödtet wurden. Man erwartet das Eintreffen von Truppen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 6. Januar.

— Wie bereits mitgetheilt, ist das Stiftungsjahr des in Bromberg garnisonirenden pommerschen Füsilier-Regiments Nr. 34 um 100 Jahre, und zwar von 1820 auf 1720, zurückdatirt worden. Veranlassung hierzu gab die Vorgeschichte dieses Regiments, das vom König Gustav Adolf von Schweden im dreißigjährigen Kriege gegründet wurde, seinen Ersatz aus Neuvorpommern und Rügen bezog und meist später in Stralsund und Greifswald garnisonirte. Unter schwedischen Fahnen zeichnete sich das Regiment in späteren Jahren durch Tapferkeit und Königstreue in den langwierigen und schweren Kriegen gegen Rußland aus und wurde aus diesem Grunde zum Leib-Regiment „Königin“ ernannt. Als dann Schweden die Provinz Neuvorpommern mit Rügen im Jahre 1815 an Preußen abtrat, wurden gleichzeitig in Stralsund das schwedische Leib-Regiment und das Regiment von Engelbrechten mit übergeben und aus beiden Regimentern das preußische Reserve-Regiment Nr. 33 formirt. Die Neuformation geschah in der Weise, daß 8 Kompagnien des „Leib-Regiments Königin“, die 4 Kompagnien des 1sten Bataillons, 8 Kompagnien des „Regiments von Engelbrechten“, die 4 Kompagnien des 2. Bataillons, 4 Kompagnien des „Leib-Regiments Königin“, die 9. und 10. Kompagnie des Füsilier-Bataillons und 4 Kompagnien des „Regiments von Engelbrechten“ die 11. und 12. Kompagnie des Füsilier-Bataillons bildeten. Die beiden schwedischen Regimenter wurden in Stralsund durch den schwedischen Bevollmächtigten, Generallieutenant Baron von Boye, ihres Eides mit einer längeren Ansprache und mit einem Hoch auf ihren bisherigen Kriegsherrn König Karl XIII. von Schweden entlassen. Danach traten die Fahnenträger mit den schwedischen Fahnen vor, welche dem General von Boye übergeben wurden. Darauf hielt der preußische Bevollmächtigte, Oberst von Steinwehr, eine Ansprache an die Regimenter und ließ, nach einem kurzen Feldgottesdienst, unter präsentirtem Gewehr die preußischen Kriegsartikel verlesen. Alsdann legte zuerst der General von Engelbrechten dem neuen Kriegsherrn den Eid ab, demnächst das Offizierkorps und schließlich die Mannschaften der beiden Regimenter. Mit einem dreimaligen Hoch auf den König Friedrich Wilhelm III. schloß die Feier. Im Jahre 1820 wurden die Theile des alten Leib-Regiments aus dem 33. Reserve-Regiment ausgeschieden und das jetzige Füsilier-Regiment Nr. 34 gegründet, welches zum Andenken an seine glorreiche Vergangenheit in Fahnenbändern und Helmadlern die Inschrift erhielt: „Für Auszeichnung dem vormaligen königlich schwedischen Leib-Regiment Königin“.

* Am Sylvesterabend wurde aus dem Hinterzimmer eines Restaurants an der grünen Schanze ein Paar Schaftstiefel entwendet.

* Am 20. v. Mts. zwischen 9 und 10 Uhr ist der Arbeiter Friedrich Stelter in der Burscherstraße von drei bisher nicht ermittelten Männern überfallen und gemißhandelt worden, sodaß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Kriminalpolizei ersucht Alle, die Näheres über diesen Vorfall mitzutheilen vermögen, sich im Kommissariat gr. Wollweberstr., 3 Treppen, zu melden.

— W. B. Basset in London will nach Patent Nr. 64,931 Schiffe auf elektrischem Wege mit Hülfe folgender Vorrichtung steuern: Es sind unter der Kompaßscheibe elektrische Widerstände angeordnet, welche unter dem Einfluß von Licht- oder Wärmestrahlen dem elektrischen Strome einen veränderlichen Widerstand bieten. Bei einer Drehung der Magnetnadel in Folge Aenderung der Fahrrichtung des Schiffes werden die Widerstände diesem Einfluß durch Beschattung mehr oder weniger entzogen. Hierbei werden Elektromagnete in Thätigkeit gesetzt, welche ihrerseits auf den Bewegungsmechanismus des Steuerruders in der einen oder anderen Richtung einwirken.

Stadt-Theater.

Am Montag gastirte Signora Prevosti als Traviata, gestern als Rosine im Barbier von Sevilla; wir wollen anerkennen, daß Frl. Prevosti von dem Schmelz ihrer Stimme und der Schönheit ihres Spiels nichts eingebüßt hat; die Stärke ihrer Technik beruht hauptsächlich im Triller und dem Staccato; nur eines wollen wir hervorheben, wir sind ernstliche Gegner aller reisenden Virtuosen; wenn es an und für sich schon beschränkt ist, nur zwei oder drei Rollen auf dem Repertoir zu haben, so ist es geradezu unerträglich, wenn man bedenkt, daß dieselben Rollen jahraus, jahrein, von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, von Ort zu Ort wiederholt werden; schließlich muß derartige Kunst zur Schablone werden, und die Schablone ist die Todfeindin aller Kunst und Kultur. Frl. Prevosti ist eine geniale Künstlerin, sowohl im Spiel wie im Gesang, aber sie hat uns im Vorjahre ganz die gleichen Triller, die gleichen Bewegungen und die gleiche Mimik vorgeführt; nach unserer Ansicht besteht die Größe der Kunst in der Vielfältigkeit; — doch hierüber läßt sich nicht rechten, es ist dies eben unsre eigne Ansicht. In Traviata sind außer dem Gaste rühmend zu erwähnen Herr Berndt und Herr Kromer, beide Herren wetteiferten in der Unterstützung des Gastes; auch die übrigen Rollen waren entsprechend besetzt; im Barbier bewies der Gast eine glänzende Technik, sogar Humor und Talent zur deutschen Sprache. Die Einlagen entsprachen zwar unsrem Geschmack nicht ganz, insofern als sie in die köstliche, fast klassische Musik Rossinis nicht hineinpaßten, ebenso kamen uns einige Läufe etwas sehr langstielig vor, aber im Allgemeinen war die Leistung weit erhaben über die gewöhnliche Provinzauffassung; nur darf uns der Gast nicht verargen, wenn wir an ihn viel größere Anforderungen stellen, als an Darsteller, die auf einen so bedeutenden Ruf nicht Anspruch erheben; von den Leistungen unseres Personals haben wir über diese Oper schon benachrichtigt; etwas neues ist uns nicht aufgefallen. Das Orchester war vorzüglich unter Grimms Leitung. —st.

Aus den Provinzen.

†† **Tempelburg**, 4. Januar. Gestern Abend um 10½ Uhr brach bei dem Besitzer Reinhold Haß vom hiesigen Abbau in der Stube seines Schwiegervaters, des Altsitzers Johann Donicht, Feuer aus, während bereits Haß und seine Familie im tiefsten Schlafe waren, welches ein Menschenleben kostete. Die Ehefrau des Arbeiters Ferdinand Benzke, welche die an die Donichtsche Stube angrenzende Wohnung inne haben, wurde durch ein Knistern und Prasseln geweckt und wurde gewahr, daß ihr Zimmer mit Rauch angefüllt war. Sie weckte hierauf ihren Mann, welcher den Brand in der angrenzenden Stube bemerkte und sofort den Besitzer Haß weckte. Als Benzke und Haß vereint in die Stube des Donicht drangen, standen das Bett und Mobiliar des Donicht in hellen Flammen, auch brannten die vorhandenen Holztheile, Stubenthüre, Fenster und Balken der Decke und lag der Altsitzer Donicht bereits todt in seinem Bette. Wie das Feuer entstanden, ist mit Gewißheit nicht zu konstatiren, doch ist anzunehmen, daß der ca. 90 Jahre alte Inhaber der Stube sich das Bett erwärmte oder sonst aus Unvorsichtigkeit den Brand herbeigeführt hat.

Landsberg a. W., 4. Januar. Ein Gattenmord ist heute Abend hier im Hause Wallstr. 46a in der Brückenvorstadt verübt worden. Dort wohnt ein altes Ehepaar, Schlickeiser mit Namen, und bei ihnen die Schwiegertochter, die Frau des Invaliden August Schlickeiser, mit drei Kindern. Der Mann und Vater, der ein lüderliches Leben führte, hatte sich von der Familie getrennt und in einem Hause der Wollstraße Unterkommen gefunden. Die alte Frau Schlickeiser lag schwer krank im Bett, als August Schlickeiser plötzlich bei ihnen eintrat, sich in der Wohnung zu schaffen machte, auf seine Frau zutrat, sie mit der einen Hand umfaßte und ihr mit der andern Hand am Kopf zwei Schüsse aus einem Revolver beibrachte und dann durch einen dritten Schuß sich selbst zu entleiben suchte. Die Frau ist kurz darauf gestorben, wahrscheinlich in Folge eines Schusses, der durch die Augenhöhle hindurch das Gehirn verletzt hat. Der Mann, der eine Schußverletzung an der einen Kopfseite davongetragen hat, lebte heute Abend noch.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 6. Januar. (Zum Kapitel von der Sonntagsruhe.) Der Konditor N. hatte eines Sonntags Vormittags während der Kirchzeit durch seinen Laufburschen eine Torte über die Straße zu dem Besteller bringen lassen. Er erhielt deshalb wegen Uebertretung des Gesetzes betreffend die Sonntagsruhe ein Strafmandat über 3 Mark. Das Schöffengericht bestätigte die Strafe. Es wurde die Berufungsinstanz in Anspruch genommen. Im gestrigen Termine machte der Vertheidiger geltend, daß die Konditoren auch die halbe oder ganze Schankkonzession hätten. Dadurch müsse ihnen dieselbe Vergünstigung zu Theil werden wie den Restaurateuren, mit denen der Gesetzgeber eine Ausnahme mache, weil ihre Verkaufs-Artikel zur Befriedigung eines für die Bevölkerung nothwendigen Bedürfnisses dienen. — Staatsanwalt Unger widersprach dieser Auffassung. Nur insofern, als der Gewerbebetrieb des Konditors sich mit demjenigen des Restaurateurs decke, könnten dem Ersteren die Vergünstigungen zu Gute kommen, die den Restaurateuren zugestanden werden. Der Verkauf von Konditorwaaren gehöre hierzu aber nicht, sondern sei ein Gewerbe für sich. Er beantragte daher Verwerfung der Berufung. Der Gerichtshof erwog, daß zur Zeit viele derartige Streitfragen der gerichtlichen Entscheidung harren. So Mancher könne auch das Opfer eines Rechtsirrthums geworden sein, in welchem er sich befunden habe. Es soll zunächst vom Polizeipräsidium eine Auskunft darüber eingeholt werden, welche Befugnisse die sogenannte halbe Konzession der Konditoren in sich schließt.

— Den Bau eines neuen Innungshauses plant die Berliner Schlächter-Innung, die aus dem Verkauf ihrer bei Treptow belegenen Wiesen 480,000 Mark erzielt hat und z. Z. über ein Vermögen von ca. 1½ Millionen Mark verfügt. In der Innungsversammlung sprach sich die Mehrheit dafür aus, ein neues Terrain vorläufig nicht zu erwerben, sondern zunächst bauverständige Gutachten darüber einzuholen, ob nicht auf dem alten Innungsgrundstücke in der Neuen Grünstraße 28 ein der Innung würdiger Bau für die Zwecke der Meister errichtet werden kann. Ist dies möglich, so soll dann in einem entlegeneren Stadttheil ein Grundstück angekauft werden, welches sich zur Unterbringung der Herberge und der sonst für die Gesellenschaft nöthigen Räume eignet. Bei dem neuen Innungshaus der Meister soll jeder unnütze Luxus vermieden werden, vor Allem will man nicht in den Fehler der beiden hiesigen Bäcker-Innungen verfallen, die mächtige Saalbauten aufgeführt haben, welche sich kaum rentiren können. So haben die Pächter des Konkordia-Innungshauses 57,000 Mark, der dort eingerichteten Herberge 13,000 Mark Pacht zu zahlen, und um diese Summen aufbringen zu können, müssen sie jede Bedenken bezüglich der Verwendung der Räume unterdrücken. In Folge dessen hat denn auch in diesem Innungshause der sozialdemokratische Parteitag stattgefunden.

— Von der Mosel schreibt man der „Westd. Allg. Ztg.“: „Der 1892er ist doch ein Teufelskerl! Den Gasthofsbesitzern bringt er so feste Kunden in's Haus, daß es besonderer Vorkehrungen bedarf, um sie wieder aus dem Hause zu schaffen. Allnächtlich muß ein gastlicher Wirth in Z., wie er uns erzählt, seine Kutscher aus den Betten holen, um die Mühseligbeladenen nach ihren Behausungen befördern zu lassen. Und so ist es nicht nur an einem Orte und nicht nur in einem Gasthof. Ein unanfechtbares Zeugniß für die männerüberwindende Kraft des 1892ers aber giebt die nachstehende wortgetreu wiedergegebene amtliche Bekanntmachung: „Um dem voraussichtlich zu erwartenden nächtlichen Unfuge in Folge der Wirkung des 92er p p. mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten, wird hiermit die gesetzlich festgesetzte Feierabendstunde 11 Uhr in Erinnerung gebracht. Merl an der Mosel. Der Gemeindevorsteher.“

Hamburg, 5. Januar. In der vergangenen Nacht ist die chemische Fabrik von Franz Fritsche auf dem Mühlenkamp niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend. — In Altona sind zwei Cholerafälle vorgekommen.

Paris, 4. Januar. Aus Caën wird dem „Petit Parisien“ von einem Falle von Scheintod berichtet. Ein zwanzigjähriger junger Mann starb im Gatien-les-Bois am Typhusfieber. Er wurde im Kirchhofe des Dorfes vorläufig in einer Gruft beigesetzt, da die zu seiner Aufnahme bestimmte Gruft nicht rechtzeitig ausgemauert worden war. Am folgenden Tage wurde der Sarg ausgegraben, und dabei hörte man in ihm ein dumpfes Geräusch. Der Deckel wurde schleunigst aufgehoben, und der vermeintlich Todte richtete sich in seinem Leichentuche mit ganz erstaunter Miene auf.

London, 3. Januar. Unter sonderbaren Umständen soll eine Dame, wie ein Korrespondent in der „Daily News“ schreibt, ein Vermögen von 150,000 Lstrl. geerbt haben. Frl. Burch befand sich im Jahre 1880 inmitten einer Menschenmasse in der Nähe des Buckingham-Palastes, um die Ankunft der zum Empfange bei der Königin sich begebenden Damen abzuwarten. Ein alter Herr aus der Provinz, der ebenfalls Zuschauer war, fiel ohnmächtig nieder. Frl. Burch zeigte sich hülfreich. Auf Verlangen gab sie dem Herrn ihre Karte — und vor einigen Tagen erhielt sie von einem Londoner Rechtsanwalt die Nachricht, daß der alte Herr ohne Erben gestorben und sie mit einem Vermögen von 150,000 Lstrl. in seinem Testamente bedacht habe.

Börsen-Berichte.

Stettin, 6. Januar. Wetter: Klare Luft. Temperatur — 11° Reaumur, Nachts — 16° Reaumur. Barometer 775 Millimeter. Wind: Südost.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilogramm loko 142,00—152,00 bez., per Januar 151,00 nom., per April-Mai 155,50 bez., per Mai-Juni 157,00 B., 156,50 G., per Juni-Juli 158,50 B., 158,00 G.

Roggen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 122,00—129,00 bez., per Januar 130,00 nom., per April-Mai 134,50—135,00 bez., per Mai-Juni 136,00 B. u. G., per Juni-Juli 137,00 B. u. G.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 127—134.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus unverändert, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 30,00 bez., per Januar 70er 29,5 nom., per April-Mai 70er 31,30 bez., per Mai-Juni 70er —, per August-September 70er 33,30 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 151,00, Roggen 130,00, 70er Spiritus 29,5.

Angemeldet: Nichts.

Paris, 5. Januar, Nachmittags. (Schlußkourse.) Weichend.

		Kourse vom 4.
3% amortirb. Rente	94,95	95,72½
3% Rente	94,37½	95,22½
4½% Anleihe	—,—	—,—
Italienische 5% Rente	92,50	92,70
Oesterr. Goldrente	—,—	—,—
4% ungar. Goldrente	97,50	97,56
3% Russen de 1880	—,—	—,—
4% Russen de 1889	96,10	96,70
4% unific. Egypter	99,60	99,60
4% Spanier äußere Anleihe	61,75	63,00
Convert. Türken	21,17½	21,40
Türkische Loose	86,80	88,75
4% privil. Türk. Obligationen	427,50	425,00
Franzosen	632,50	—,—
Lombarden	—,—	208,75
„ Prioritäten	—,—	—,—
Banque ottomane	570,00	576,00
„ de Paris	640,00	648,00
„ d'escompte	145,00	150,00
Credit foncier	970,00	990,00
„ mobilier	128,00	130,00
Meridional-Aktien	622,00	625,00
Panama-Kanal-Aktien	—,—	—,—
5% Obligation	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	395,00	398,10
Suezkanal-Aktien	2597,00	617,00
Gaz Parisien	—,—	—,—
Credit Lyonnais	730,00	753,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	—,—	—,—
Transatlantique	—,—	—,—
B. de France	3795,00	3790,00
Ville de Paris de 1871	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	53,00	55,00
2¾% Cons. Angl.	—,—	—,—
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,50	122,50
Wechsel auf London kurz	25,10½	25,10½
Cheque auf London	25,12	25,12
Wechsel Amsterdam k.	206,00	206,00
„ Wien k.	206,25	206,25
„ Madrid k.	425,00	425,50
Comptoir d'Escompte neue	475,00	485,00
Robinson-Aktien	94,30	93,75
Neue Rente	—,—	—,—
Portugiesen	22,68	22,75
3% Russen	77,30	77,75

Hamburg, 5. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 79,75, per März 78,50, per Mai 77,50, per September 77,50. — Behauptet.

Hamburg, 5. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 pCt Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 14,27½, per März 14,40, per Mai 14,50, per September 14,37½. — Stetig.

Bremen, 5. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,45 B. Baumwolle fest.

Wien, 5. Januar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,53 G., 7,56 B., per Herbst 7,70 G., 7,73 B. — Roggen per Frühjahr 6,62 G., 6,65 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. — Mais per Mai-Juni 5,03 G., 5,06 B. — Hafer per Frühjahr 5,88 G., 5,91 B.

Amsterdam, 5. Januar, Nachmittags. Weizen per März 176, per Mai 176. — Roggen per März 127, per Mai 123.

Amsterdam, 5. Januar. Java-Kaffee good ordinary 56,25.

Amsterdam, 5. Januar, Nachmittags. Bancazinn 55,25.

Antwerpen, 5. Januar, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 12⅞ bez. u. B., per Januar 12,75 B., per Februar-März 13¼ B., per September-Dezember 13 bez., 13¼ Br. — Fest.

Antwerpen, 5. Januar. Getreidemarkt. Weizen behauptet. — Roggen ruhig. — Hafer fest. — Gerste schwach.

Paris, 5. Januar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) behauptet, 88% loko 38,75. — Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 40,62½, per Februar 41,00, per März-Juni 41,62½, per Mai-August 42,12½.

Paris, 5. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Rüböl ruhig, per Januar 56,75, per Februar 57,00, per März-April 57,50, per Mai-Juni 58,00. Mehl ruhig, per Januar 47,70, per Februar 47,80, per März-April 48,10, per Mai-Juni 48,20. — Spiritus fest, per Januar 46,00, per Februar 46,00, per März-April 46,25, per Mai-August 46,50. — Wetter: Kalt.

Havre, 5. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Ko.) Kaffee good average Santos per Januar 101,25, per März 98,75, per Mai 96,50. — Ruhig.

London, 5. Januar. 96% Javazucker loko 16⅜, stetig. — Rüben-Rohzucker loko 14,25, träge. Centrifugalzucker —,—.

London, 5. Januar. Chili-Kupfer 46,75, per 3 Monat 47,00.

Glasgow, 5. Januar, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 9 d.

Glasgow, 5. Januar. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 340,298 Tons gegen 500,825 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 68 gegen 77 im vorigen Jahre.

Newyork, 5. Januar, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per Februar —,—. Weizen per Mai 82,25.

Newyork, 5. Januar. Wechsel auf London 4,86. — Petroleum in Newyork 5,40, in Philadelphia 5,35, rohes (Marke Parkes) 5,35. Pipe line certif. per Februar — D. — C. Mehl 2 D. 95 C. Rother Winter-Weizen loko — D. 80 C. Rother Weizen per Januar — D. 78 C., per Februar — D. 79¼ C., per Mai — D. 82¼ C. Getreidefracht 1¾. Mais per Januar 49⅝. Zucker 3,00. Schmalz loko 11,05. Kaffee Rio Nr. 7 17,00. Kaffee per Februar ord. Rio Nr. 7 15,95. Kaffee per April ord. Rio Nr. 7 15,80. Weizen Anfangs-Kours per Mai 82¼.

Newyork, 5. Januar. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 104,000, do. nach Frankreich 22,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 30,000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 74,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents —,— Orts.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 5. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B. per Januar 4,37½, per Juli 4,62½ Käufer.

Bankwesen.

London, 5. Januar. Bankausweis.

Totalreserve Pfd. Sterl. 14,924,000, Abnahme 437,000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 25,898,000, Zunahme 411,000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 24,373,000, Abnahme 25,000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 30,195,000, Zunahme 4,937,000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 34,019,000, Zunahme 4,632,000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 8,177,000, Zunahme 3,507,000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 13,604,000, Abnahme 524,000.
Regierungs-Sicherheiten Pfd. Sterl. 15,056,000, Zunahme 3,800,000.
Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven 35¼ gegen 45 in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 166 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 19 Millionen.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 6. Januar. Der Führer der „Unabhängigen Sozialisten“, Wilhelm Werner, hat Berlin verlassen, er soll bereits im Auslande weilen. Seine Buchdruckerei ist in andern Besitz übergegangen; es schweben gegen ihn mehrere Anklagen wegen politischer Vergehen.

Wien, 6. Januar. Ein hiesiger aktiver Diplomat nennt alle Nachrichten, nach welchen Galimberti in absehbarer Zeit berufen sein würde, das Staatssekretariat des Papstes zu übernehmen, eitle Irreführung und fügt hinzu: Die Berufung Galimberti's nach Rom bedeutet vielmehr des Ersteren völlige Kaltstellung. Der Vatikan beruft Galimberti hauptsächlich deshalb ab, weil der Letztere ein ungewöhnliches Machtbedürfniß empfand und dieses nicht einzuschränken vermochte. Auch Kalnoky gegenüber soll Galimberti wiederholt die ihm gezogenen Grenzen überschritten haben und man sieht daher seiner Abberufung hier viel kühler entgegen, als allgemein angenommen wird.

Wien, 6. Januar. Das klerikale „Vaterland“ veröffentlicht eine Berichtigung des Linzer Bischofs Doppelbauer, betreffend die von demselben erlassene Kundgebung gegen die antisemitische Presse. Die Berichtigung lautet wörtlich: „Was mich aber heute noch mehr bestimmt, mit Hirtensorgfalt den Diözesan-Klerus wiederum auf diesen Gegenstand aufmerksam zu machen, ist der Umstand, daß wir es jetzt nicht blos mit den alten, uns längst bekannten Feinden der Kirche und der katholischen Gesinnung, sondern auch mit solchen literarischen Gegnern zu thun haben, die unter dem Schein strenger Rechtgläubigkeit und großen Eifers für die Rechte der heiligen Kirche, verderbliche Tendenzen und gradezu unkirchliche Ideen und Ziele verfolgen.“

Paris, 6. Januar. Marquis Mores behauptet neuerdings in der „Libre Parole“, es seien unter Mitwissen Freycinets bei den Lieferungen der Uniformen für die Kriegsschüler grobe Betrügereien seitens der Lieferanten gang und gäbe.

Der Abgeordnete Hourard wurde als fallit erklärt.

London, 6. Januar. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Kairo über den bereits gemeldeten Zusammenstoß der Derwische mit den egyptischen Truppen bei Ambigol weiter berichtet: Obwohl die Derwische von den Egyptern zuerst überrascht wurden, manöverirten sie doch derartig, daß sie den Egyptern einen Verlust von 36 Todten und 15 Verwundeten beibrachten und sie zum Rücktritt nöthigten. Schließlich zogen sich jedoch die Derwische zurück.

Newyork, 5. Januar. Am Sonnabend werden 2 Millionen Dollars Gold nach Europa verschifft werden.

Newyork, 5. Januar. Der Ackerbauminister Rusk theilt mit, daß die Lungenseuche in den Vereinigten Staaten vollständig erloschen sei.

Lima, 5. Januar. Ramon Ribeyro ist an Stelle Larrabure y Unanue's zum Minister des Auswärtigen ernannt worden. Im Uebrigen ist das Kabinet unverändert geblieben.